

► AUSSERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN MIT SELBSTBEHALT

Was sind die gängigsten Beispiele für
außergewöhnliche Belastungen mit
Selbstbehalt?

Krankheitskosten^{Rz 902}

Darunter fallen z. B.:

- ☐ Arzt- und Krankenhaus honorare;
- ☐ Kosten für Medikamente (auch homöo-
pathische Präparate), Rezeptgebüh-
ren, Behandlungsbeiträge (einschließ-
lich Akupunktur und Psychotherapie),
Krankenscheingebühren;
- ☐ Aufwendungen für Heilbehelfe (Geh-
behelfe, Hörgeräte usw.);
- ☐ Kosten für den Zahnersatz bzw. der
Zahnbehandlung (z. B. Zahnprothese,
Krone, Brücke), Kosten für Sehbehelfe
(Brille, Kontaktlinsen);
- ☐ Entbindungskosten und
- ☐ **Fahrtkosten** zum Arzt oder ins Spital.

Allfällige Kostenersätze durch die
gesetzliche Kranken- oder Unfallver-
sicherung, einer freiwilligen Kranken-
zusatz- oder Unfallversicherung oder von
anderer Seite sind abzuziehen.

Krankheitskosten können auch im Zu-
sammenhang mit einer Behinderung (min-
destens 25 %) anfallen und als Kosten der
Heilbehandlung ohne Berücksichtigung
des Selbstbehaltes geltend gemacht
werden.^{Rz 851}

Fortsetzung



Krankheitskosten (Diätkosten), für die es ein eigenes Pauschale gibt

Unter Krankheitskosten fallen auch Kosten einer speziellen Diätverpflegung auf Grund einer Krankheit. Sie können in Form der tatsächlich anfallenden Kosten an Hand von Belegen oder über folgende Pauschalbeträge ermittelt werden. **Pauschalbeträge** für Krankendiätverpflegung:

Krankheit	monatliches Pauschale
Zuckerkrankheit (Diabetes)	70,00 €
Tuberkulose (Tbc)	70,00 €
Zöliakie	70,00 €
Aids	70,00 €
Gallenleiden	51,00 €
Leberleiden	51,00 €
Nierenleiden	51,00 €
andere vom Arzt verordnete Diäten wegen innerer Krankheiten (Magen, Herz)	42,00 €

Bitte legen Sie dem Antrag eine Bestätigung Ihres Arztes bei.

► BITTE BEACHTEN SIE:

Führt die oben angeführte Krankheit zu einer Behinderung von mindestens 25 %, ist keine Kürzung um den Selbstbehalt vorzunehmen (vgl. Kapitel „Außergewöhnliche Belastungen bei Behinderungen“, S. 50).

Kurkosten ^{Rz 903}

Kurkosten sind nur dann außergewöhnliche Belastungen, wenn der Kurauf-

enthalt im direkten Zusammenhang mit einer Krankheit steht und aus medizinischen Gründen erforderlich ist. Dazu gehören:

- ☐ Aufenthaltskosten,
- ☐ Kosten für Kurmittel und medizinische Betreuung,
- ☐ **Fahrtkosten** zum und vom Kurort, bei pflegebedürftigen Personen und Kindern auch die Aufwendungen für eine Begleitperson.

Kostenersätze (wie bei Krankheitskosten) und eine **Haushaltersparnis** (Lebenshaltungskosten, die zu Hause anfallen) in der Höhe von 196,20 € monatlich (oder der aliquote Anteil davon) sind abzuziehen.

Kurkosten wegen einer mindestens 25%igen Behinderung gelten als Heilbehandlung^{Rz 851} und sind ohne Selbstbehalt zu berücksichtigen.

Kosten für ein Alters- oder Pflegeheim ^{Rz 887}

Die Kosten für die Unterbringung in einem Pflegeheim sind nur dann eine außergewöhnliche Belastung, wenn sie auf Grund von Krankheit, Pflege- oder besonderer Betreuungsbedürftigkeit entstehen. Dies gilt auch für die Pflegestation in einem selbstgewählten privaten Alters- oder Pflegeheim.

Reicht das Einkommen einschließlich Pflegegeld der pflegebedürftigen Person für die Kostentragung nicht aus, können die unterhaltsverpflichteten Personen (z. B. Ehegatte, Kinder) ihre Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung gel-

Fortsetzung



tend machen. Eine Kürzung um Kostenersätze sowie um eine Haushaltsersparnis (196,20 € pro Monat) hat zu erfolgen.

Begräbniskosten^{Rz 890}

Nicht durch den Nachlass gedeckte Kosten eines Begräbnisses sind bis zu einem Betrag von maximal 3.000 € eine außergewöhnliche Belastung. Die Kosten eines Grabsteines sind ebenfalls bis maximal 3.000 € zu berücksichtigen. Entstehen höhere Kosten, so ist die Zwangsläufigkeit nachzuweisen (z. B. besondere Überführungskosten oder besondere Vorschriften über die Gestaltung des Grabdenkmals).

Kosten für Kinderbetreuung^{Rz 901}

Kosten für einen Kindergarten, eine Tagesmutter, ein **Internat**, ein Tagesheim, ein Kindermädchen oder eine **Hausgehilfin** stellen dann eine außergewöhnliche Belastung dar, wenn sie auf Grund der Berufstätigkeit eines Alleinerziehers erforderlich sind.

► AUSSERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN FÜR UNTERHALTSBERECHTIGTE PERSONEN

Die Leistung des gesetzlichen Unterhalts (**Alimente**) ist keine außergewöhnliche Belastung. Die Kosten für Kinder werden durch den Kinderabsetzbetrag oder den Unterhaltsabsetzbetrag berücksichtigt. Außergewöhnliche Belastungen liegen dann vor, wenn für den Unterhaltsberechtigten Kosten übernommen werden, die für sich gesehen eine

außergewöhnliche Belastung darstellen, wie etwa Krankheitskosten für ein Kind (z. B. Brille oder Zahnregulierung). Bei Alimentationszahlungen müssen diese Kosten aber zusätzlich geleistet werden.

► AUSSERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN OHNE SELBSTBEHALT

Bei welchen außergewöhnlichen Belastungen wird kein Selbstbehalt abgezogen?

Pauschalbetrag für eine auswärtige Berufsausbildung^{Rz 873ff}

Aufwendungen für eine Berufsausbildung eines Kindes außerhalb des Wohnortes sind mit einem Pauschalbetrag als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn im Einzugsbereich des Wohnortes – im Umkreis von 80 km – keine entsprechende Ausbildungsmöglichkeit besteht.

Der Pauschalbetrag beträgt 110 € pro Monat der Berufsausbildung (12 mal jährlich). Höhere tatsächliche Kosten, z. B. Fahrtkosten oder Schulgeld, können nicht geltend gemacht werden. Bei Schülern und Lehrlingen stellt bereits der Besuch eines mehr als 25 km vom Wohnort entfernten **Internats** eine auswärtige Berufsausbildung dar (gilt auch für Berufsschulen), wenn es keine näher gelegene Ausbildungsstätte gibt.

In Verordnungen zum Studienförderungsgesetz ist festgelegt, welche Wohnorte im Einzugsgebiet des jeweiligen

Fortsetzung



Schul- oder Studienortes liegen. Ist Ihr Ort oder Ihre Gemeinde darin nicht angeführt und beträgt die Entfernung Wohnung - Ausbildungsort weniger als 80 km, steht der Pauschalbetrag zu, wenn die Fahrzeit (einfache Fahrt) mehr als eine Stunde beträgt.

Die Gewährung des Freibetrages ist nicht an den Bezug des Kinderabsetzbetrages gebunden, sofern die Ausbildung ernsthaft betrieben wird.

Aufwendungen zur Beseitigung von Katastrophenschäden^{Rz 838}

Darunter fallen insbesondere Hochwasser-, Erdbeben-, Vermurungs-, Lawinen- und Sturmschäden. Dazu gehören die Kosten der Aufräumarbeiten und die Wiederbeschaffungskosten der zerstörten notwendigen Wirtschaftsgüter, soweit diese Schäden nicht durch eine Versicherung oder aus öffentlichen Mitteln (Katastrophenfonds) gedeckt sind.

AUSSERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN BEI BEHINDERUNGEN

Welche außergewöhnlichen Belastungen gelten bei Behinderungen?

Bei Vorliegen von körperlichen oder geistigen Behinderungen vermindern besondere Pauschalbeträge ohne Selbstbehalt das Einkommen. Ein Steuerpflichtiger gilt als behindert, wenn der Grad der Behinderung mindestens 25 % beträgt. Der Pauschalbetrag ist abhängig vom Grad der Behinderung und beträgt jährlich:

Grad der Behinderung	Jahresfreibetrag
25 % bis 34 %	75,00 €
35 % bis 44 %	99,00 €
45 % bis 54 %	243,00 €
55 % bis 64 %	294,00 €
65 % bis 74 %	363,00 €
75 % bis 84 %	435,00 €
85 % bis 94 %	507,00 €
ab 95 %	726,00 €

Die Behinderung und ihr Ausmaß sind durch eine amtliche Bescheinigung der dafür zuständigen Stelle nachzuweisen:

- ☐ **Bundessozialamt** bei Behinderten (nach dem Behinderteneinstellungsgesetz), Präsenzdienstpflichtigen, Verbrechensoptionen und Kriegsbeschädigten;
- ☐ **Landeshauptmann** bei Empfängern einer Opferrente;
- ☐ **Sozialversicherungsträger** bei Berufskrankheiten oder Berufsunfällen von Arbeitnehmern;
- ☐ **Gesundheitsamt** (im Bereich der Stadt Wien der **Amtsarzt** des jeweiligen Bezirkspolizeikommissariates) in allen übrigen Fällen sowie bei Zusammenreffen von Behinderungen verschiedener Art.

Der Nachweis kann auch durch einen **Behindertenpass** erfolgen, der vom örtlich zuständigen Bundessozialamt ausgestellt wird.

Für die Bestätigung des Arztes und die dafür erforderliche ärztliche Untersuchung benötigen Sie eine Zuweisung durch Ihr Finanzamt oder Ihren Pensionsversicherungsträger (Formular L 38).

Fortsetzung



Bei ganzjährigem Bezug von **Pflege-geld** (Blindenzulage, Blindengeld, Pflege- oder Blindenbeihilfe) steht der Pauschalbetrag nicht zu. Alleinverdiener können auch die Mehraufwendungen auf Grund einer Behinderung des (Ehe-) Partners geltend machen.

Hilfsmittel^{Rz 850}

Nicht regelmäßig anfallende Aufwendungen für Hilfsmittel – z. B. Rollstuhl, rollstuhlgerechte Adaptierung der Wohnung, Hörgerät oder Blinden-hilfsmittel – werden zusätzlich und ohne Kürzung durch den Selbstbehalt anerkannt.

Heilbehandlung^{Rz 851}

Im Falle einer Behinderung können auch die Kosten einer Heilbehandlung zusätzlich zum Pauschalbetrag und ohne Kürzung durch den Selbstbehalt berücksichtigt werden. Als Kosten der Heilbehandlung gelten:

- ☐ Arzt- und Spitalkosten,
- ☐ Kur- und Therapiekosten,
- ☐ Kosten für Medikamente, die im Zusammenhang mit der Behinderung stehen.

Nicht als Kosten der Heilbehandlung gelten Aufwendungen, die regelmäßig durch die Pflegebedürftigkeit verursacht werden, wie z. B. Kosten für Pflegepersonal, Bettwäsche oder Verbandsmaterialien.

Wer auf Grund seiner Behinderung Diätverpflegung benötigt, kann zusätzlich die Pauschalbeträge für Diätverpflegung

geltend machen. In diesem Fall ist sowohl die Behinderung als auch das Diäterfordernis von der zuständigen Stelle (Amtsarzt) zu bestätigen. An Stelle der Pauschalbeträge können natürlich auch die tatsächlichen Kosten der Behinderung geltend gemacht werden.

Freibetrag für Gehbehinderte^{Rz 847}

Für Körperbehinderte gibt es einen Freibetrag von 153 € monatlich, sofern sie infolge ihrer Gehbehinderung ein eigenes Fahrzeug für Privatfahrten benötigen. Zur Geltendmachung dieses Pauschalbetrages kann der Befreiungsbescheid von der Kraftfahrzeugsteuer, ein Ausweis gemäß § 29 b der Straßenverkehrsordnung oder der Behindertenpass mit der Feststellung der Gehbehinderung vorgelegt werden.

Die Kosten einer behindertengerechten Adaptierung des Kraftfahrzeuges können nicht geltend gemacht werden, die Mehraufwendungen eines Gehbehinderten für die Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeuges nur in Höhe der Pauschalbeträge abgesetzt werden.

Behinderte mit einer mindestens 50%igen Erwerbsminderung ohne eigenes Kraftfahrzeug können Aufwendungen für Taxifahrten bis maximal 153 € monatlich geltend machen.

Welche Regelungen gelten für behinderte Pensionisten?

Behinderte Pensionisten können die genannten Pauschalbeträge entweder beim Finanzamt oder direkt bei ihrem

Fortsetzung



Pensionsversicherungsträger (bei der pensionsauszahlenden Stelle) geltend machen. Dort erhalten sie auch das Formular für die Zuweisung zum Amtsarzt. Der Pensionsversicherungsträger informiert gerne über alle weiteren Fragen.

Übersicht der möglichen Freibeträge für Behinderte:

Freibetrag	Behinderte ohne Pflegegeld	Behinderte mit Pflegegeld
Pauschaler Freibetrag bei einem Grad der Behinderung von 25 % und mehr	ja	nein*
Pauschaler Freibetrag für Diätverpflegung	ja	ja
Freibetrag für eigenes Kfz bei Gehbehinderung	ja	ja
Freibetrag für Taxikosten (wenn kein eigenes Kfz) bei Gehbehinderung	ja	ja
Aufwendungen für Behindertenhilfsmittel und Kosten der Heilbehandlung	ja	ja

* wenn im laufenden Jahr oder im Vorjahr ganzjährig Pflegegeld bezogen wurde

► AUSSERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN FÜR BEHINDERTE KINDER^{Rz 852ff}

Welche außergewöhnliche Belastungen kann man für behinderte Kinder geltend machen?

Je nach dem Ausmaß der Behinderung können verschiedene Freibeträge zustehen, die durch den Selbstbehalt nicht gekürzt werden. Ein Kind gilt als behindert, wenn der Grad der Behinderung

mindestens 25 % beträgt.

Freibeträge für Kinder mit 25 – 49%iger Behinderung

Für die Feststellung der Behinderung eines Kindes sind die selben Stellen wie für Erwachsene zuständig. Bei Vorliegen einer Behinderung im nachstehenden Ausmaß stehen folgende Freibeträge zu:

Grad der Behinderung	Jahresfreibetrag
25 % bis 34 %	75,00 €
35 % bis 44 %	99,00 €
45 % bis 49 %	243,00 €

Daneben können ohne Kürzung durch den Selbstbehalt die pauschalen Freibeträge für eine notwendige Diätverpflegung oder die Aufwendungen für Behindertenhilfsmittel (z. B. Sehhilfen, Rollstuhl, behindertengerechte Adaptierung der Wohnung) berücksichtigt werden.

Freibeträge für Kinder ab 50%iger Behinderung ohne Pflegegeldbezug

In diesem Fall steht erhöhte Familienbeihilfe und an Stelle der oben genannten Freibeträge ein monatlicher Pauschalbetrag von 262 € zu. Zusätzlich können ohne Abzug des Selbstbehaltes die Aufwendungen für Behindertenhilfsmittel (z. B. Sehhilfen, Rollstuhl, behindertengerechte Adaptierung der Wohnung) und das Schulgeld für eine Behindertenschule oder -werkstätte geltend gemacht werden. Die Kosten für Diätverpflegung können neben dem Freibetrag von 262 € nicht geltend gemacht werden.

Fortsetzung



Freibeträge bei Bezug von Pflegegeld für das behinderte Kind

Der Freibetrag von 262 € monatlich ist um das erhaltene Pflegegeld zu kürzen. Die jährlichen Freibeträge nach dem Ausmaß der Behinderung stehen nicht zu. Übersteigt das Pflegegeld den Betrag von 262 €, steht kein Pauschalbetrag zu.

Daneben sind im nachgewiesenen Ausmaß unabhängig vom Bezug von Pflegegeld zu berücksichtigen:

- ☐ nicht regelmäßig anfallende Aufwendungen für Hilfsmittel^{Rz 850} und
- ☐ Kosten der Heilbehandlung^{Rz 85}

Wird das Pflegegeld für die Wohnunterbringung in einem **Internat** oder einer Wohngemeinschaft einbehalten, stellen die von den Unterhaltsverpflichteten aufzubringenden Kosten (der Wohn-

hausbeitrag in Wien bzw. die Kostenersatzes an die jeweiligen Landesregierungen) eine außergewöhnliche Belastung dar.

Welcher Freibetrag steht Inhabern von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen zu?

Inhabern von Opferausweisen und Amtsbescheinigungen (Steuerpflichtige, die in der Zeit von 1938 bis 1945 eine politische Verfolgung erlitten haben) steht zusätzlich ein jährlicher Steuerfreibetrag in Höhe von 801 € zu. Pensionisten können diesen Freibetrag direkt bei Ihrem Pensionsversicherungsträger durch Vorlage des Ausweises geltend machen. Ohne Berücksichtigung bei der laufenden Lohnverrechnung kann der Freibetrag nach Ablauf des Jahres bei der Arbeitnehmerveranlagung beantragt werden.

Übersicht der Freibeträge für behinderte Kinder:

Freibetrag	Behinderung mindestens 25 % ohne erhöhte Familienbeihilfe	Behinderung mit erhöhter Familienbeihilfe	Behinderung mit erhöhter Familienbeihilfe und mit Pflegegeld
Pauschaler Freibetrag nach Grad der Behinderung gem. § 35 Abs. 3 EStG	ja	nein	nein
Pauschaler Freibetrag von 262,00 €	nein	ja	ja*
Pauschaler Freibetrag für Diätverpflegung	ja	nein	nein
Freibetrag für eigenes Kfz	nein	nein	nein
Freibetrag für Taxikosten	nein	nein	nein
Aufwendungen für Behindertenhilfsmittel und Kosten der Heilbehandlung	ja	ja	ja
Schulgeld für Behindertenschule	ja	ja	ja*

* gekürzt um Pflegegeld